

Würdige Trauerfeier für die Toten des Mordanschlages von Mölln in Hamburg – Blüm: Laßt uns gute Nachbarn sein!

# Keine Antwort auf das klagende Bild

Von unserem Hamburger Korrespondenten Hans Stollhans

**Hamburg. Ein kleines Mädchen schaut aus großen Augen auf die Menschen, die sich schweigend zu beiden Seiten der vom Advents-**

**lichterschein erhellten Mönckebergstraße aufgereiht haben. Augen, die fragen: Warum, warum ich, warum wir? Es sind die Augen**

**der kleinen Yeliz Arslan, dem jüngsten der drei Mordopfer von Mölln. Das Kind blickt von einem riesigen Foto.**

Die sonst um diese Zeit auf Hamburgs längster Einkaufsmeile summende Geschäftigkeit erstarb, als am späten Nachmittag der Trauerzug mit den Särgen der drei verbrannten Türkinnen vorbeizog. Die Menschen traten aus den Geschäften. Und wurden still, als sie Yeliz, deren großformatiges Foto dem Kondukt vorangetragen wurde, in die Augen blicken mußten und keine Antwort wußten.

„Furchtbar“, dieses eine Wort einer Frau drückte das ganze Entsetzen über das Schicksal der Zehnjährigen, ihrer Großmutter Bahde Arslan (51) und ihrer 14jährigen Kusine Ayse Yilmaz aus. Ein älteres türkisches Ehepaar stellte die Einkaufstaschen ab und begann, hinter sich das erleutete Schaufenster eines Modehauses, für alle Umstehenden sichtbar, zu beten.

Es war die ergreifendste Trauerfeier, die Norddeutschland seit langer Zeit erlebt hat. Sie begann mittags mit einer

Totenmesse in der türkisch-islamischen Moschee am Borstelmannsweg in Hamburg-Hamm. Sie endete erst abends auf dem Flughafen Fuhlsbüttel: mit einem allerletzten Abschied, bevor die drei Säрге in die Türkei geflogen wurden.

„Yeliz 10 Jahre, Hier geboren. Hier verbrannt“ war auf ein großes Transparent geschrieben, das über den Tausenden schwebte, die zum Totengebet gekommen waren. Die Säрге waren mit der Fahne des türkischen Halbmonds bedeckt. Andere Transparente verkündeten: „Kindermörder, Schweine, Neo-Nazis“, „Die Drahtzieher sitzen in Bonn“ oder „Nazis raus“.

Länger als eine Stunde hallte aus Lautsprechern die blechern klingende Stimme des islamischen Geistlichen, der die Männer im Betsaal auf dem Hinterhof des zum Gemeindezentrum gehörenden Geschäfts um sich gesammelt hatte, über den Platz. Frauen mit traditionellen Kopftü-

chern, aber auch junge Türkinnen in modischem Chic stellten sich im Halbkreis hinter den Sarkophagen auf.

Vor Beginn des Totengebets aber mußten die Frauen weichen. Das Gebet ist allein Männersache. Der Geistliche rief dreimal Allah um Gnade an, und dreimal sprach er das „Salam aleikum“, der Herr gebe Dir Frieden, über den Särgen. Die Männer verneigten sich gen Mekka und antworteten jedesmal „Amen“.

Zur Moschee waren auch Vertreter der Regierungen und Parlamente aus Ankara, Bonn und Kiel gekommen. Arbeitsminister Norbert Blüm beschwor die Trauergemeinde: „Laßt uns gute Nachbarn sein, das ist die beste Antwort auf Gewalt.“ Bundestagsvizepräsidentin Renate Schmidt: „Zwischen uns darf Gewalt keinen Platz haben.“ Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave sagte: „Ich schäme mich für unser Land und bitte um Vergebung.“

Dann formierten sich mehrere tausend Menschen zum Trauerzug in Richtung Rathausplatz. Viele Hamburger Schüler waren hinzugekommen. Als das stark gesicherte kilometerlange Totengeleit beim Rathaus ankam, waren 20 000 versammelt.

Nur einmal, als Bundesaußenminister Klaus Kinkel, der auch am Totengebet bei der Moschee teilgenommen hatte, während der Trauerkundgebung auf dem Rathausplatz ans Mikorofon trat, drohte die Gedenkfeier zu entgleisen. Schreihälse versuchten, ihn am Sprechen zu hindern. Und ein Ei flog auf Kinkel, verfehlte diesen aber und hätte fast Yeliz' Vater getroffen.

„Die ganze Welt schaut heute hierher, nach Hamburg“, hatte zu Beginn der Kundgebung der Sprecher des Bündnisses Türkischer Einwanderer in Hamburg gesagt. Die Welt hat die traurigen Augen von Yeliz gesehen – und die Menschen in tiefer Trauer.



**Trauerfeier vor der Hamburger El-Aksa-Moschee. Im Vordergrund Faruk Arslan, dessen Mutter und Tochter umkamen, ganz rechts sein Bruder Ahmet. Die Säрге der drei toten Türkinnen wurden in einem kilometerlangen Trauerzug durch eine betroffene Menschenmenge zum Rathausplatz geleitet.**

(Foto: dpa)

## Nach Seiters Verbot schlug die Polizei zu

**Detmold. Kurz vor der Dämmerung schlugen die Sicherheitskräfte zu: Ein Dutzend Beamte eines Sonderkommandos drang in die Zentrale der kurz zuvor verbotenen neonazistischen Vereinigung „Nationalistische Front“ (NF) im ostwestfälischen Detmold-Pivitsheide ein.**

Gegen 16 Uhr hatte gestern die Polizeiaktion mit der Zustellung der von Bundesinnenminister Rudolf Seiters angeordneten Verbotsverfügung begonnen. Die vier anwesenden NF-Mitarbeiter leisteten keinen Widerstand.

Ein großes Polizeiaufgebot begann wenig später hier und in anderen Städten auch mit ersten Hausdurchsuchungen bei führenden NF-Mitgliedern. Über den Verbleib des Bundesvorsitzenden der 130 Mitglieder umfassenden „Kaderorganisation“, Meinolf Schönborn (37), war zunächst nichts bekannt. Einem Mit-

glied seiner Gruppe wird der Mordanschlag 1988 auf ein von Türken bewohntes Haus im bayrischen Schwansdorf zur Last gelegt: Vier Tote und mehrere Verletzte.

Ideologisch lehnt sich die Vereinigung an die nebulösen sozialrevolutionären Ideen der Gebrüder Otto und Georg Strasser an, die zu den führenden Köpfen des frühen Nationalsozialismus zählten, aber von Adolf Hitler bald ausgeschaltet wurden. Seit 1986 führt Schönborn die Organisation.

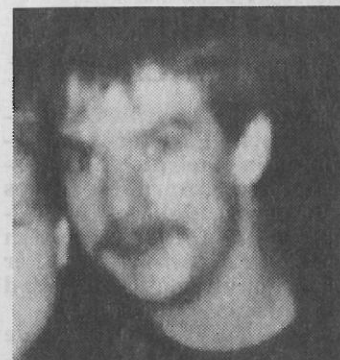
Die NF beließ es nach Erkenntnissen von Minister Seiters nicht bei der Agitation. Schönborn rief 1991 zur Bildung eines „Nationalen Einsatzkommandos“ (NEK) auf - kadermäßig gegliederte, hochmobile Verbände wollte er aufstellen, die gegen „Ausländerverbrecherbanden“, „Linke“ und die „Staatsgewalt“ vorgehen sollten.

## Kiel fühlt sich von Karlsruhe überrumpelt

Gudower Rechtsextremisten wurden monatelang von der schleswig-holsteinischen Polizei observiert

**Kiel. Kopfschütteln bei den schleswig-holsteinischen Sicherheitsbehörden, als die Bundesanwaltschaft auch den Fall des 25jährigen Rechtsextremisten Michael Peters aus Gudow an sich zog. Seine Verhaftung stand nämlich sowieso bevor.**

Das war aus Polizeikreisen zu hören. „Der Generalbundesanwalt hat sich in ein gemachtes Nest gesetzt“, sagte ein Beamter den LN. Seit Monaten sei die Gudower Clique observiert worden. „Der Fall war rund“, sagte der Beamte, als in der Nacht zum Montag der schreckliche Brandanschlag in Mölln geschah. Die Karlsruher Behörde habe die Ermittlungen an sich gezogen und sei dabei auch auf die



**Unter Verdacht: Michael Peters.**

(Foto: dpa)

frisch erarbeiteten Fahndungsakten über die Clique um Michael Peters gestoßen.

Unter großem Erfolgsdruck, so die Mutmaßung in

Polizeikreisen, hätte der Generalbundesanwalt dann am Mittwoch zugeschlagen, um einen raschen Fahndungserfolg vorweisen zu können. „Dabei geht die Aushebung der Gudower Gruppe voll auf das Erfolgskonto der schleswig-holsteinischen Polizei“, meinte der Beamte.

Daß die Landesregierung über das Vorpreschen von Generalbundesanwalt Alexander von Stahl verstimmt ist, deutete gestern indirekt auch Ministerpräsident Björn Engholm an. Die Verhaftungen seien nur „aufgrund langmonatiger Vorarbeit unserer Polizei möglich gewesen“, sagte der Regierungschef im Landtag. Er wolle ihr dafür ausdrücklich danken.

Im Kieler Innenministerium herrschte offenbar von Anfang an Skepsis, daß mit Michael Peters ein Attentäter von Mölln gefaßt sei. Innenstaatssekretär Ekkehard Wienholtz hatte nämlich am Mittwoch noch einmal ausdrücklich betont, daß auch ermittelt werde, ob der Anschlag einen gewöhnlichen kriminellen, nicht politischen Hintergrund habe.

In Kieler CDU-Abgeordnetenkreisen kursierte gestern das Gerücht, die Bundesanwaltschaft habe dem Innenministerium mitgeteilt, daß die Täter eher dem Rotlicht-Milieu zuzuordnen seien. Das Innenministerium dementierte diese Mitteilung.

Arnold Petersen

Die Kriminalpolizei hat die Vorwürfe zurückgewiesen, die Feuerwehren hätten bei den Brandanschlägen in Mölln nicht alles versucht, um die Hausbewohner zu retten. Kripo-Chef Winfried Tabarelli sagte in Lübeck, dieser Verdacht sei „in keiner Weise mehr haltbar“. Die Vorwürfe waren von Angehörigen der Ermordeten erhoben, aber inzwischen zurückgenommen worden, so die Kripo.

In den beiden Möllner Häusern, auf die die Brandanschläge verübt wurden, lebten insgesamt

Feuerwehr entlastet